

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Postfach 1001
Post für Nachrichten Nr. 10011
Schiffstraße 1, Hauptpostamt
Dresden - K. 1, Marienstraße 10/12

Bezugspreise bei täglich periodischer Zustellung monatlich 1,40 RM. (einschließlich 90 Pf. für Expedition), durch Postbezug 1,60 RM. einschließlich 90 Pf. Beleggebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei einmal wöchentlichem Versand. Einzelnummern 10 Pf., außerhalb Dresdens 15 Pf. Einzelgenusspreise: Die einseitige 80 mm breite Seite 40 Pf., für einseitige 40 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Seite 200 Pf., außerhalb 250 Pf. Offertengebühr 20 Pf. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siepich & Reichardt,
Dresden, Goltzsch-Ring, 1000 Dresden
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung
(Dresden, Markt) zulässig. Unbegleitete
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 18777
Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft!
Chr. Garms Inh. W. Eckardt Dr. Zwingenstr. 13
Fernspr. 10292 Nähe Postplatz 13
Kochanlagen für Gfösbetriebe - Kohlen- und Gasherde
Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile

Ein Schlag gegen die Austromarxisten

Große Waffenfunde in ganz Oesterreich

Wien, 4. Nov. Durchsuchungen nach Waffen und Munition in den Parteiräumen und auch einzelnen Privatwohnungen begannen heute früh in ganz Oesterreich unter hartem Aufsehbau von Bundesheer, Polizei und Gendarmerie, und waren bis in die Nachmittagsstunden noch nicht beendet. In Wien wurden vor allem das Haus der „Arbeiterzeitung“, das des Arbeitersportvereins und die Arbeiterheime in verschiedenen Stadtbezirken durchsucht. Während in den Räumen der „Arbeiterzeitung“ wo schon früher gelegentlich Durchsuchungen vorgenommen worden waren, die heutige Nachsuchung ergebnislos verlief, fand man, wie verlautet, in einzelnen der anderen Lokalitäten

Bestandteile von Maschinengewehren, Patronengurte, Revolver und dergleichen in geringer Anzahl. Bis mittag wurden in Innsbruck sechs Maschinengewehre und 180 Riflen mit Munition, ein Fasel Sprengstoff und mehrere Riflen mit Infanteriegewehren und sonstiges Kriegsgeschütz beschlagnahmt. In Graz erfolgte die Beschlagnahme verschiedensten Kriegsgeschützes einschließlich Munition. Nach Meldungen aus Wiener Neustadt nahm dort auf dem Hauptplatz eine harte Maschinengewehrabteilung Aufstellung. Einige hundert Mann Gendarmerie besetzte sämtliche Parteilokale, sowie das Rathaus. Bisher wurden zwei Maschinengewehre und mehrere tausend Infanteriegewehre mit Munition gefunden. Auch in der Wohnung des sozialdemokratischen Landeshauptmannsvertreterers Hellmer erloschen Gendarmerie und suchte nach Waffen. Hellmer hat gegen die Beschlagnahme seiner Immunität als Landtagsabgeordneter bei der Regierung telegraphisch Protest erhoben. Auch der Industriekrieger Rudolf A. wurde frühmorgens von Truppen des Bundesheeres und von Gendarmerie durchsucht.

alle Straßen der Stadt und die in die Stadt führenden Straßen wurden durch Posten gesperrt, um Störungen zu verhindern. In Linz wurde eine Hausdurchsuchung im Hotel Schiff vorgenommen, das der Sozialdemokratischen Partei gehört. Im Dintergahnde des Ostels befand sich ein Wappentheater, das ebenfalls der Partei gehört. In den Kellerräumen darunter wurde eine Betonkammer von außerordentlicher Stärke festgestellt, die unter Anwendung aller Vorkehrungsmassnahmen gesprengt wurde. Darunter wurde ein umfangreiches Waffenlager gefunden, darunter 8 Maschinengewehre, 30 000 Patronen, frisch eingearbeitete Maschinengewehrmunition und zahlreiche Handgranaten. Der Sprengstoff der Handgranaten befand sich in Beschlagnahme, so daß die

Gefahr der Selbstentzündung, wie sie bei alten Sprengstoffen dieser Art häufig vorkommen, gegeben war.

In dem sozialdemokratischen Konsumverein in Rößling wurden zwei Maschinengewehre und mehrere Infanteriegewehre gefunden. In der Wohnung des sozialdemokratischen Gebäudes 4075 Gewehre, 20 Maschinengewehre, 56 Revolver und Pistolen, 400 000 Schuß Gewehr- und Maschinengewehrmunition, 164 Handgranaten und verschiedene Sprengmaterialien beschlagnahmt. Außerdem wurden Gasmasken, Stahlhelme und verschiedene Waffenbestandteile gefunden. In Innsbruck wurde außer Waffen noch eine vollkommene eingerichtete Funkstation und in Wiener Neustadt eine aus dem Besitz des Militärstützpunktes kommende Scheinwerfergarnitur gefunden. In Wiener Neustadt wurden 40 Trommelrevolver in der Normalpackung einer Wiener Firma aufgefunden, die als Minimagdichapparate deklariert waren. Die Aufschriften lauteten: „An den Magistrat von Wiener Neustadt, Jugendamt“.

Kärntenbesuche und Ruffgerüchte in Ungarn

Steinamanger, 4. Nov. Sonnabend nachmittag fuhr vor dem bischöflichen Palais in Steinamanger ein geschlossenes Auto vor, dem ein schlanker junger Mann und eine schwarzgekleidete Dame entstieg. In der Stadt verbreiteten sich blitzschnell Gerüchte, daß Erzherzog Otto und Kaiserin Zita im Palais abgestiegen seien, deren Ankunft man mit einem Ruff in Zusammenhang brachte. Auf zahlreiche Anfragen gab das bischöfliche Palais die Mitteilung heraus, daß der schwedische Kronprinz Gustav Adolf als Gast des Bischofs Graf Johann Niklas Sonnabend in Steinamanger weilte. Die Mitteilung sagt nichts davon, welchen Zweck der Besuch hatte, noch wer in seiner Begleitung war. Die Ruffgerüchte erhielten neue Nahrung durch das Bekanntwerden der Tatsache, daß für das Militär strenge Bereitschaft angeordnet war, sowie dadurch, daß nach der Abreise des schwedischen Kronprinzen der bairische Kronprinz Rupprecht bei Bischof Niklas abblieb, bei dem er sich einen Tag lang aufhielt. Von den legitimsichtigen Kreisen werden keine Erklärungen über die Besuche in Steinamanger abgegeben.

Entscheidung

Der Name Genf als Inbegriff alles dessen, was mit dem Völkerbund zusammenhängt, ist bei uns in Deutschland längst in Mißkredit geraten. Man horcht nicht mehr auf wie einst, wenn die Staatsmänner im Völkerbundspalais sprechen; die Genfer Verhandlungen sind Angelegenheiten zweiten und dritten Ranges geworden; das reiche Kapital an Vertrauen, das Europa einst zur Gründung des Völkerbundes beigegeben hatte, ist bis auf einen unansehnlichen Rest verschwunden. Zu oft sind Erwartungen enttäuscht und Hoffnungen zertrütert worden. Dem Zeitchronisten geht es wirklich so wie seinem Kollegen in „Journalist über Bord“, wenn der Draht Neuigkeiten aus Genf meldet. „Der Völkerbund wird“ — „Weiterarbeiten“ wehrt er ab. „Kein Interesse, der Leser hat das satt.“ Diese Einstellung ist verhängnisvoll und vom Völkerbund selbst geworden. Aber es gibt doch wieder Augenblicke, in denen die Gleichgültigkeit den Genfer Vorgängen gegenüber gefährlich werden kann.

So steht, wenn zum siebenten Male die Vorbereitende Abrüstungskommission zusammentritt, um endlich ihre Arbeiten abzuschließen und der sagenhaften großen Abrüstungskonferenz den Weg zu ebnen. Durch zwölfjährige Abnützung ist ja auch der Begriff „Abrüstung“ zu einem Schlagwort geworden, das kein Mensch mehr ernst nimmt. Wir haben längst mit der Tatsache zu rechnen gelernt, daß die Siegerstaaten ihre im Versailler Vertrag entfaltete Verpflichtung zur Abrüstung nicht einzuhalten gedenken, oder — wie es Mussolini kürzlich ausgedrückt hat — daß sie für alle Ewigkeit zwei Kategorien von Staaten schaffen wollen: bewaffnete und unbewaffnete. Darum ist die Verrücktheit durchaus begrifflich, mit der auch diese siebente Tagung der Abrüstungskommission abgetan wird; es kommt doch nichts dabei heraus. Wahrscheinlich behalten die pessimisten recht, die so sagen. Aber trotzdem, ob dabei Fortschritte erzielt werden oder nicht, diese Tagung wird für Deutschlands Zukunft von großer Bedeutung sein; denn sie gibt unseren Vertretern die letzte Gelegenheit, Deutschlands unhaltbare militärische Lage zu verbessern oder die Konsequenzen aus der weiteren Verweigerung der deutschen Gleichberechtigung auf diesem Gebiet zu ziehen. Auch das ist ein Teil jener „dynamischen“ Außenpolitik, die der Reichskanzler Brüning in seiner Regierungserklärung versprochen hat und die durch die Veränderung in der allgemeinen politischen Weltlage bedingt ist. Daß für diese Erfordernisse bereits bei einer Mehrheit des deutschen Volkes Verständnis vorhanden ist, haben vor einigen Tagen die Beratungen und Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses gezeigt. Es handelt sich jetzt in Genf nicht darum, in Fortsetzung der bisher gekübten Taktik, die Militärmächte Europas zur Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtungen zu drängen, sondern, wenn sie sich ihren Verpflichtungen wieder zu entziehen suchen, einen Schritt weiterzugehen durch die Erklärung, daß der Versailler Vertrag durch die Verweigerung der allgemeinen Abrüstung in einem seiner wichtigsten Punkte von den Vertragsgegnern gebrochen ist und daß sich damit Deutschland der Einschränkungen, die seiner Abrüstungsfreiheit auferlegt worden sind, als frei und ledig erachtet. Damit soll nicht gesagt sein, daß Deutschland sofort nach dem Scheitern dieser Verhandlungen sein Heer vermehren, die Wehrverfassung ändern und sich am internationalen Wettrüsten beteiligen muß. Solch weitgehende Folgerungen verbietet auf absehbare Zeit schon die trostlose Finanzlage des Reiches. Aber es ist notwendig, daß der Grundsatz der wiedergewonnenen deutschen Wehrfreiheit aller Welt verständlich wird als Folge des endgültigen Scheiterns der Abrüstungsbestrebungen.

Darum ist es bedauerlich, daß nicht Generaloberst von Seeckt — wie vorgeschlagen war — mit der Führung der

Grzesinski Berliner Polizeipräsident

Berlin, 4. Nov. Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, den Staatsminister a. D. Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin zu ernennen. Der bisherige Polizeipräsident von Berlin, Bergel, ist in den einseitigen Ruhestand versetzt worden.

Severing-Debatte im Preussenlandtag

Berlin, 4. Nov. Im Preussischen Landtag fanden u. a. heute auch die von Kommunisten und Deutschnationalen eingebrachten Mißtrauensanträge gegen Severing zur Aussprache. Abg. Dr. v. Winterfeldt (D.N.) erklärte unter lebhafter Unruhe der Regierungsparteien, nach dem Ausfall der Reichstagswahl hätte der Preussische Landtag und das Kabinett Braun überhaupt zu verschwinden. Aber die Sozialdemokratie wolle nicht nur in Preußen die Macht behalten, sondern auch im Reich wieder an die Macht gelangen. Die Ernennung Severings zum Innenminister und Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin zeige, daß die Sozialdemokratie im Wahlkampf verkündete Ziel der Niederrückung des deutschen Bürgertums und der Aufrichtung der sozialistischen Republik. (Sehr wahr, richtig; Du-Du-Rufe bei den Soz.) „Wir sind“, so erklärt der Redner weiter, „der Meinung, daß Severing ein positives Vertrauensvotum fordern müßte.“ (Widerpruch links.) Am Tage seiner Ernennung hat sich Severing für die Novemberverbrecher eingelassen. (Stärkliche Unterbrechungen bei den Regierungsparteien. — Präsident Bartels rügt den Redner.) Wir wollen für die Freiheit eintreten, Freiheit von den Tributfesseln und Freiheit im Innern vom Marxismus. Severing ist ein Hindernis auf dem Wege zu dieser Freiheit und muß daher beiseite gerückt werden! (Weifall rechts.) — Ueber den Antrag soll am Donnerstag abgestimmt werden.

Der Hamburger Senat gegen Kommunisten und Nationalsozialisten

Hamburg, 4. November. Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Beamte, die Parteien und Organisationen unterstützen oder fördern, die den gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung erstreben, verlieren die aus dem Beamtenverhältnis sich ergebende besondere Treuepflicht des Beamten gegenüber dem Senat und machen sich eines Dienstvergehens schuldig. Zu diesen Parteien gehören die kommunistische Partei Deutschlands und die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Die kommunistische Partei Deutschlands hat selbst zugegeben, daß sie den gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung erstrebt. Die nationalsozialistische Arbeiterpartei verfolgt nach zahlreichen Äußerungen maßgeblicher Führer das gleiche Ziel. Der Senat warnt daher die Beamenschaft nachdrücklich vor jeder Unterstützung und Förderung solcher Parteien und Organisationen.

Es gehört schon eine harte Portion parteipolitischer Verbohrtheit und Kurzsichtigkeit dazu, um Kommunisten und Nationalsozialisten als Umkämpfer auf eine Stufe zu stellen. Der Hamburger Senat folgt aber mit dieser Taktik nur dem Beispiel, das ihm von Preußen aus gegeben wird.

Reich verbietet eine Nazifisten-Versammlung

Münster (S.-A.), 4. Nov. Die Ortsgruppe der SPD, des Reichsbanners, der Deutschen Friedensgesellschaft, des ADGB und des Gewerkschaftsbundes hatte für Dienstag eine Versammlung einberufen, in der der bekannte Nazifist Hellmuth v. Gerlach über das Thema „Ist die deutsche Republik bedroht?“ sprechen sollte. Diese Versammlung ist vom hiesigen Innenministerium auf Grund der Landesverordnung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung verboten worden.

Heute:
Literarische Umschau
Seite 9